

2017-1
MIDEM-Bericht

DIE ÖSTERREICHISCHE NATIONALRATSWAHL 2017

VON MANÈS WEISSKIRCHER



MIDEM ist ein Projekt der **Technischen Universität Dresden** in Kooperation mit der **Universität Duisburg-Essen**, gefördert durch die **Stiftung Mercator**. Es wird von Prof. Dr. Hans Vorländer, TU Dresden, geleitet.

Zitiervorschlag:

Weisskircher, Manès 2017: Die österreichische Nationalratswahl 2017, MIDEM-Bericht 01/17, Dresden.

INHALTSVERZEICHNIS

ZUSAMMENFASSUNG	4
1. DIE ÖSTERREICHISCHE NATIONALRATSWAHL 2017 – ERGEBNISSE	4
2. WELCHE ROLLE SPIELTE DIE „FLÜCHTLINGSKRISE“?	5
3. WIE SIND DIE ERGEBNISSE DER WICHTIGSTEN PARTEIEN EINZUORDNEN?	7
3.1 Sebastian Kurz, Immigration und eine Partei als Bewegung – Wie neu ist die „neue“ ÖVP?	7
3.2 Wird die FPÖ erneut Teil einer Regierungskoalition?	8
3.3 Was erklärt die Niederlage der politischen Linken?	9
4. AUSBLICK: WAS SIND WAHRSCHEINLICHE ZUKÜNFTIGE ENTWICKLUNGEN?	10
4.1 Wer bildet die neue Regierung?	10
4.2 Was sind mögliche politische Vorhaben?	11
LITERATURVERZEICHNIS	12
AUTOR	14
IMPRESSUM	15

ZUSAMMENFASSUNG

Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) gewinnt die österreichische Nationalratswahl 2017 mit einer relativen Mehrheit von 31,6 Prozent. Außenminister Sebastian Kurz führte eine Partei, die sich über Jahre in einem Krisenzustand befand, zu einem klaren Wahlerfolg. Der 31-Jährige wird eng mit den Themen Immigration und Integration verbunden. Er beansprucht für sich, durch die Schließung der „Balkan-Route“ bei der Reduktion von Einwanderung nach Europa federführend gewesen zu sein.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ), angeführt von Bundeskanzler Christian Kern, verliert ihren Status als stimmenstärkste Partei – und damit wahrscheinlich auch das Kanzleramt. Sie erhielt 26,9 Prozent der Stimmen und liegt damit am Niveau ihres Rekordtiefs von 2013. **Mit 26 Prozent liegt die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) nur knapp dahinter. Sie hat realistische Chancen, nach mehr als einem Jahrzehnt, wieder einer Bundesregierung anzugehören.** Zwar sind die Zuwächse der FPÖ signifikant (+5,5), jedoch lag die Partei in Umfragen von Sommer 2015 bis Mai 2017 sogar durchgehend auf dem ersten Platz.

Weitere Parteien spielen bloß eine Nebenrolle. Am drastischsten ist der Absturz der Grünen. Obwohl ihr langjähriger Bundessprecher Van der Bellen im Vorjahr die Bundespräsidentenwahl gewann, reduziert sich der Stimmenanteil der Grünen bei der Nationalratswahl von 12,4 auf 3,8 Prozent. **Die Grünen liegen damit unterhalb der Sperrklausel von vier Prozent und sind nach mehr als drei Jahrzehnten nicht mehr im Nationalrat vertreten.**

Am 24. Oktober 2017 kündigte Kurz an mit der FPÖ in Koalitionsverhandlungen zu treten. Eine ÖVP-FPÖ-Koalition ist eine von drei möglichen Zwei-Parteien-Koalitionen mit jeweils über 50 Prozent der Parlamentssitze. Alleine die ÖVP verfügt über zwei mögliche Optionen, die ihr das Kanzleramt sichern würden. Kurz könnte auch auf eine erneute Große Koalition mit der SPÖ setzen, diesmal unter umgekehrten Vorzeichen: mit ihm als konservativen Kanzler. Die einzig mögliche Zwei-Parteien-Koalition ohne Inklusion der ÖVP wäre eine „rot-blaue“ Regierung, zwischen SPÖ und FPÖ. Die Option einer Minderheitsregierung wäre höchst untypisch für das politische System Österreichs.

Zwar war die Intensivierung der „Flüchtlingskrise“ in Europa ein bestimmendes Thema der Wahl. Jedoch spielen die Themen Immigration und Integration schon seit den 1990er Jahren eine zentrale Rolle in der österreichischen politischen Debatte. Die FPÖ erhielt im Jahr 1999 gar einen etwas höheren Stimmenanteil als 2017. **Eine Neuheit ist jedoch der starke Fokus der ÖVP auf Immigration und Integration – für Kurz waren das die zentralen Wahlkampfthemen.** Innerhalb der SPÖ und der Grünen führte die „Flüchtlingskrise“ zu innerparteilichen Konflikten über adäquate politische Antworten. **Im Bereich der Immigrationspolitik findet die Forderung von Kurz nach „Schließung der Mittelmeer-Route“ auch bei FPÖ und SPÖ Unterstützung.**

1. DIE ÖSTERREICHISCHE NATIONALRATSWAHL 2017 – ERGEBNISSE¹

Am 15. Oktober 2017 fand die Wahl zum Nationalrat, der mächtigeren Kammer des österreichischen Parlaments, statt. Die vorzeitige Neuwahl wurde im Mai desselben Jahres beantragt, der Beschluss wurde von allen Parlamentsfraktionen mitgetragen.

Die Wahl lieferte folgenden Ausgang (siehe Abbildung 1): Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) gewinnt die Nationalratswahl mit einer relativen Mehrheit von 31,5 Prozent und einem massiven Zuwachs an Unterstützung (+7,5 im Vergleich zu 2013). Außenminister Sebastian Kurz führte eine Partei, die sich jahrelang in einem Krisenzustand befand, zum klaren Wahlerfolg. Auf Platz zwei folgt die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) mit 26,9 Prozent – einem Stimmenanteil, der dem Rekordtief von 2013 entspricht. Ihr Parteichef Christian Kern steht kurz davor, der Bundeskanzler mit der kürzesten Amtszeit in der Geschich-

te der Zweiten Republik zu werden. Auf Platz drei folgt die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die 26 Prozent erreichte und somit signifikante Zugewinne erzielte (+5,5).

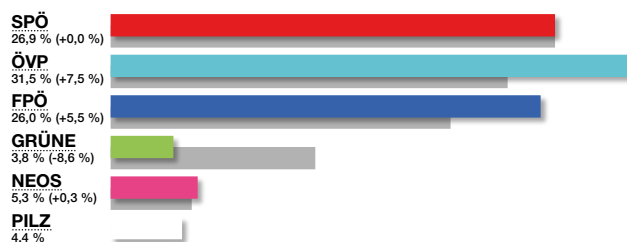


Abb. 1: Ergebnis der österreichischen Nationalratswahl 2017

Grafik entnommen von wahl17.bmi.gv.at (letzter Zugriff: 19.10.2017)

Zwei weitere Parteien übersteigen die Vier-Prozent-Sperrklausel. Dazu zählen nicht die Grünen – sie erreichen nur 3,8 Prozent der Stimmen und erleiden massive Verluste gegenüber dem letzten Wahlergebnis (-8,6 Prozentpunkte). Im Vorjahr gewann ihr ehemaliger Bundesvorsitzender Alexander Van der Bellen noch die Präsidentschaftswahl.

¹ Teile der vorliegenden Publikation basieren auf früheren Berichten des Autors zu dieser Wahl (Weisskircher/Bergman 2017a, 2017b). Das Wahlergebnis ist auf einer Website des österreichischen Bundesministeriums für Inneres (wahl17.bmi.gv.at) detailliert nachzulesen. Sämtliche Daten zum Wahlverhalten, die in diesem Abschnitt wiedergegeben werden, stammen von der Wahltagsbefragung des SORA Institute for Social Research and Consulting und des ISA Institut für Strategieanalysen (2017a, 2017b).

Ein ehemals führendes Mitglied der Grünen, Peter Pilz, erreicht mit seiner neuen Liste 4,4 Prozent der Stimmen und damit parlamentarische Repräsentation. Trotz der traditionellen Schwäche liberaler Parteien in Österreich schaffen die NEOS (NEOS – Das neue Österreich und Liberales Forum) den Wiedereinzug in den Nationalrat: mit 5,3 Prozent der Stimmen bleibt die Partei auf stabilem Niveau (+0,3 Prozentpunkte). Die sonstigen Parteien erreichen insgesamt bloß 2,3 Prozent aller gültigen Stimmen.²

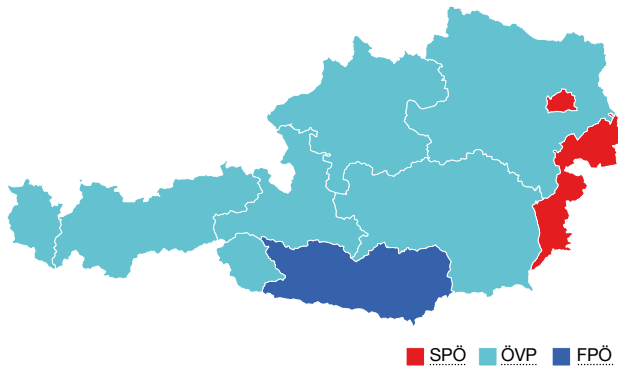


Abb. 2: Stimmenmehrheiten in den österreichischen Bundesländern
Grafik entnommen von wahl17.bmi.gv.at (letzter Zugriff: 19.10.2017)

Im Wahlverhalten der Österreicherinnen und Österreicher gibt es wesentliche regionale Unterschiede (siehe Abbildung 2). Die ÖVP gewinnt die Stimmenmehrheit in sechs der neun österreichischen Bundesländer. In der Hauptstadt Wien und im ostösterreichischen Burgenland – beides „rote“ Hochburgen – ist die SPÖ voran. In Kärnten, jahrelang mit einer von Jörg Haider geführten Landesregierung, gewinnt die FPÖ.

Das wichtigste Motiv für Wählerinnen und Wähler der ÖVP war ihr Spitzenkandidat – Kurz erreichte hier 42 Prozent aller Angaben. Dieser Wert ist signifikant höher als für die Spitzenkandidaten der SPÖ und FPÖ. Ältere Wählerinnen und Wähler entschieden sich überdurchschnittlich oft für die ÖVP. Bei jungen Männern jedoch erzielte die ÖVP einen überdurchschnittlich hohen Stimmenanteil. Auch die SPÖ war insbesondere bei älteren Wählerinnen und Wählern erfolgreich – im Hinblick auf künftige Wahlgänge eine problematische Entwicklung für die Partei. Ebenso unterstützten Frauen überdurchschnittlich oft die SPÖ. Bei Arbeitern erzielte die österreichische Sozialdemokratie dagegen Stimmenanteile, die unter ihrem Gesamtergebnis liegen. Die FPÖ war insbesondere bei jungen Wählerinnen und Wählern, Männern und Arbeitern erfolgreich. Wählerinnen und Wähler mit formal niedrigerem Bildungsabschluss wählten ebenso überdurchschnittlich oft die FPÖ.

In der Wahltagsbefragung nannten 100 (!) Prozent aller Wählerinnen und Wähler von ÖVP, SPÖ und FPÖ als Antwort auf die Frage „Welche Parteien sollen in der nächsten Regierung vertreten sein?“ die von ihnen gewählte Partei

– auch für Wählerinnen und Wähler der FPÖ war die Regierungsbeteiligung somit eine Priorität. Die oft geäußerte These, Wählerinnen und Wähler rechtsradikaler Parteien würden ihre Partei nicht in Regierungsmacht sehen wollen, trifft im Fall der FPÖ 2017 nicht zu. 49 Prozent der Wählerinnen und Wähler der FPÖ sehen in Österreich eine negative Entwicklung – doch das ist auch bei 30 Prozent der ÖVP-Wählerinnen und -Wähler der Fall.

Als Themen, die im Wahlkampf „sehr häufig“ oder „ziemlich häufig“ diskutiert wurden, nannten 81 Prozent der befragten Wählerinnen und Wähler „Asyl und Integration“. Mehr als fünfzig Prozent der Befragten nahmen folgende Themen als „sehr häufig“ oder „häufig“ diskutiert wahr: „Sozialleistungen“ (77 Prozent), „Sicherheit“ (68 Prozent), „Arbeitsplätze“ (65 Prozent), „Gesundheit und Pflege“ (58 Prozent), „Steuern“ (55 Prozent) und „Wirtschaft“ (54 Prozent). „Bildung“ (47 Prozent) und „Wohnen“ (42 Prozent), zwei Kernthemen der SPÖ, sowie Umweltschutz“ (40 Prozent), Kernthema der Grünen, wurden hingegen von weniger als 50 Prozent der Befragten genannt.

2. WELCHE ROLLE SPIELTE DIE „FLÜCHTLINGSKRISE“?

Die „Flüchtlingskrise“ stellt einen wichtigen Kontext dar, um aktuelle Entwicklungen der österreichischen Politik zu verstehen – jedoch spielen die Themen Immigration und Integration bereits seit den 1990er Jahren eine wesentliche Rolle in der österreichischen politischen Debatte.

Schon lange vor der Intensivierung der „Flüchtlingskrise“ in Europa war Österreich ein Zielland von Einwanderinnen und Einwanderern. Zu Beginn des Jahres 2015 waren 17,2 Prozent der österreichischen Bevölkerung außerhalb des Landes geboren – eine Zahl, die innerhalb der EU nur von Luxemburg und Malta übertroffen wurde (Eurostat 2017a). Die Salienz, also Sichtbarkeit, der Themen Immigration und Integration, beispielsweise nach dem Zerfall Jugoslawiens oder den EU-Osterweiterungen, war einer der Gründe für den Aufstieg der FPÖ – genauso wie die Partei selbst zur Politisierung dieser Themen beitrug (siehe Abschnitt 3). Bereits Anfang 1993 unterzeichneten etwas mehr als 400.000 Österreicherinnen und Österreicher das „Österreich zuerst“-Volksbegehren, das von der FPÖ in die Wege geleitet wurde. In Wien hatte diese Initiative das so genannte „Lichtermeer“ zur Folge – eine Großdemonstration von 200.000 bis 300.000 Gegnern dieses Volksbegehrens.

Die Intensivierung der „Flüchtlingskrise“ verstärkte die bereits lang vorhandene Politisierung der Themen Immigration und Integration in Österreich.

² Die Wahlbeteiligung beträgt 80 Prozent und ist somit signifikant höher als im Jahr 2013 (+4,6 Prozentpunkte). Während die Bundespräsidentenwahl, die letzte bundesweite Wahl in Österreich, nach einer Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs wegen Verstößen gegen das Wahlgesetz wiederholt werden musste, hat diesmal keine Partei eine Wahlanfechtung angekündigt. Die Umfragen der letzten Wochen erfassten die Tendenz des Wahlergebnisses – es kam zu keinen völlig unerwarteten Entwicklungen.

Ab Sommer 2015 nahm Österreich in der „Flüchtlingskrise“ eine zentrale Stellung ein – sowohl als Destination für Einwanderinnen und Einwanderer, als auch als Transitland, vor allem nach Deutschland. Es war der damalige SPÖ-Bundeskanzler Werner Faymann, welcher am 4. September 2015 versuchte, Angela Merkel telefonisch zu erreichen, um sie über den Umgang mit den wenigen tausend Flüchtlingen, die aus Ungarn auf dem Weg waren, zu befragen. Wie damals noch nicht absehbar, war die längerfristige Aussetzung des Dublin-Systems die Folge einer ursprünglich als kurzfristigen Ausnahme gedachten Entscheidung (Alexander 2017, S. 45-62).

Österreich war eines der Länder mit der höchsten Anzahl an Asylwerberinnen und Asylwerbern in den Jahren 2015 und 2016 – sowohl in relativen als auch in absoluten Zahlen (Eurostat 2017b). Im Jahr 2015 wurden 88.160 Asylanträge verzeichnet, 2016 waren es noch 42.255 Anträge. Im Vergleich zu den Vorjahren entspricht dies einem substantiellen Anstieg: Im Jahr 2014 lag die Zahl der Anträge bei 28.035, zwischen 2008 und 2013 immer zwischen 11.045 (2010) und 17.500 (2013).

Die österreichische Große Koalition, allen voran die ÖVP, rückte bereits wenige Monate nach September 2015 von ihrer liberalen Rhetorik und Praxis im Bereich der Immigrationspolitik ab. Als europäischer Wendepunkt wird, nach politischer Vorarbeit, die Westbalkan-Konferenz am 24. Februar 2016 in Wien betrachtet. Diese hatte die Schließung der Balkan-Route zur Folge. Prominente Nicht-Eingeladene dieser Konferenz waren Griechenland, Deutschland, sowie Repräsentanten der Europäischen Union. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel äußerte öffentlich ihr Missfallen über diese Vorgangsweise.

Doch wie die deutsche Bundesregierung, beziehungsweise ihre einzelnen Vertreter, tatsächlich zu dieser Entscheidung stand, ist bis heute nur bedingt geklärt. Laut Quellen im österreichischen Außenministerium habe die deutsche Bundesregierung auf diplomatischen Wege keine Schritte unternommen, die Schließung der Balkanroute zu verhindern – sie aber wohlwollend zur Kenntnis genommen (Nowak et al. 2017). Der damalige Außenminister Mazedoniens, Nikola Popski, ist der Ansicht:

„Es gab eine stille Zustimmung Deutschlands zur Schließung der Balkanroute. Die deutschen Politiker wünschten, dass wir es tun, aber sie änderten ihr Vokabular nicht“ (Zitat nach Nowak et al. 2017: S. 13).

Im Januar 2016, noch vor der Westbalkan-Konferenz und im Gegensatz zum Handeln der deutschen Bundesregierung, hatte die österreichische Große Koalition eine Art „Obergrenze“ beschlossen. Dies geschah auf Initiative der ÖVP – der Großteil der SPÖ war zu Beginn gegen einen solchen Schritt. Als Kompromiss beschlossen SPÖ und ÖVP einen „Richtwert“ – im öffentlichen Diskurs seither dennoch fast ausschließlich als „Obergrenze“ bezeichnet. Dieser betrug für das Jahr 2016 37.500 und für das Jahr 2017 35.000 neue Asylverfahren. Die Implikationen im Falle einer Überschreitung dieses „Richtwerts“ blieben unklar. Ein

Motiv dieser Entscheidung war Druck auf die Staaten der Balkan-Route auszuüben, um die Schließung der Grenze Mazedoniens zu Griechenland voranzutreiben.

In den letzten beiden Jahren war das Thema Immigration in Österreich also, ähnlich wie in Deutschland, von zentraler Bedeutung in der politischen Debatte. Zum einen unterstützte eine große Anzahl von Menschen die in Österreich Ankommenden aktiv – ihre Aktivitäten inkludierten die spontane Bereitstellung von grundlegender Versorgung bis hin zu langfristigen Hilfestellungen, beispielsweise beim Spracherwerb. Die Organisation von Solidaritätskundgebungen war eine weitere Handlung in diesem Kontext.

Zum anderen fanden Umfragen deutliche Mehrheiten gegen weitere Immigration. Beispielsweise untersuchte das britische Chatham House (Goodwin et al. 2017) im Dezember 2016 und Januar 2017 die öffentliche Meinung zu muslimischer Immigration in verschiedenen europäischen Ländern. In Österreich stimmten 65 Prozent der Befragten der Aussage „Jegliche weitere Migration aus vorwiegend muslimischen Ländern sollte beendet werden“ zu – ein Statement, das radikaler als der so genannte „Muslim Ban“ der Trump-Regierung ist. Die hohen Zustimmungsraten sind jedoch kein österreichisches Unikum. In Deutschland stimmten 53 Prozent der Befragten dieser Aussage zu, in Polen gar 71 Prozent. Großbritannien (47 Prozent) und Spanien (41 Prozent) waren die einzigen untersuchten Staaten, in der keine absoluten, sondern relativen Mehrheiten der Befragten die genannte Aussage befürworteten – auch hier lehnte nur eine signifikant niedrigere Anzahl an Befragten das Statement explizit ab.

Trotz der hohen Ablehnung zusätzlicher muslimischer Einwanderung stellt sich die Frage, inwieweit diese Ansichten einem Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren entsprechen. Daten des Eurobarometers (2017a) zeigen von 2014 bis 2016 sogar eine Steigung der *Zustimmung* zu Einwanderung aus Nicht-EU-Mitgliedsstaaten innerhalb der österreichischen Bevölkerung. Während im November 2014 35 Prozent der Befragten in Österreich eine solche Einwanderung als „sehr positiv“ (12 Prozent) oder „eher positiv“ (23 Prozent) betrachteten, empfanden sie im Mai 2017 41 Prozent entweder „sehr positiv“ (8 Prozent) oder „eher positiv“ (33 Prozent). Zwar blieb eine solche Ansicht die Meinung einer Minderheit, dennoch ist ein Anstieg von sechs Prozentpunkten, trotz „Flüchtlingskrise“, bemerkenswert.

Was sich substantiell geändert hat, ist die Wahrnehmung des Themas Immigration in der österreichischen Bevölkerung (Eurobarometer 2017b). Im November 2015 stuften 56 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher Immigration als eines der beiden wichtigsten Themen des Landes ein. Zu Beginn des Jahres 2017 waren es noch immer 30 bis 40 Prozent – ein Wert, der deutlich höher ist als im Zeitraum von 2005 bis 2015, als beinahe durchgehend weniger als 20 Prozent dieser Meinung waren. Das bedeutet, dass sich in den letzten beiden Jahren die Einstellungen zu Einwanderung von außerhalb der EU nicht verschlechtert haben – sie wurde schon davor mehrheitlich

als „eher negativ“ oder „negativ“ betrachtet (56 Prozent im November 2014 und 53 Prozent im Mai 2017). Stattdessen erhöhte sich die Salienz des Themas beträchtlich: Viel mehr Menschen in Österreich betrachten das Thema nun als zentral für ihr Land. Ein ähnliches Muster ergibt sich auch in anderen europäischen Staaten, beispielsweise in den Niederlanden (Dennison et al. 2017).

Von manchen Beobachtern wurden jüngste Zugewinne rechtsradikaler Parteien in Westeuropa oder das Ergebnis des Brexit-Referendums mit der Intensivierung der „Flüchtlingskrise“ in Europa in engen Zusammenhang gesetzt. Nicht nur der Fall Österreich zeigt jedoch, dass die Ursachen tiefer liegen: Bereits vor der Flüchtlingskrise erzielten rechtsradikale Parteien in Westeuropa teils temporäre, teils langfristige Wahlerfolge. Als Beispiele sind der Front National in Frankreich oder die PVV von Geert Wilders in den Niederlanden zu nennen – und eben auch die FPÖ. Dies lag unter anderem auch daran, dass Fragen von Immigration und Integration in diesen Ländern schon seit langem politisiert sind und dass es gegenüber unterschiedlichen Einwanderungsgruppen schon seit längerer Zeit eine weite Verbreitung ablehnender Einstellungen gab.

Eine wesentliche Veränderung der letzten beiden Jahre ist, dass sich die Salienz der Themen Immigration und Integration in der öffentlichen Meinung nun weiter verstärkt hat.

Diese Erhöhung der Salienz ist auch in den Positionen der österreichischen Parteien bei der Nationalratswahl 2017 widergespiegelt.

3. WIE SIND DIE ERGEBNISSE DER WICHTIGSTEN PARTEIEN EINZUORDNEN?

Im folgenden Abschnitt wird ein detaillierter Blick auf die Entwicklungen der wesentlichen politischen Parteien in Österreich geworfen. Die „neue“ ÖVP, unter der Führung von Sebastian Kurz, ist der große Gewinner der Wahl. Doch auch die FPÖ konnte substantielle Zuwächse erzielen. Für beide Parteien waren Immigration und Integration zentrale Themen. Für Parteien links der Mitte bedeutete die Nationalratswahl eine herbe Niederlage: die SPÖ scheint das Kanzleramt zu verlieren, die Grünen verloren mehr als zwei Drittel ihres Stimmenanteils.

3.1 SEBASTIAN KURZ, IMMIGRATION UND EINE PARTEI ALS BEWEGUNG – WIE NEU IST DIE „NEUE“ ÖVP?

Seit im Mai 2016 der Sozialdemokrat Christian Kern zum österreichischen Bundeskanzler ernannt wurde, lag die

ÖVP, als kleiner Koalitionspartner einer Großen Koalition, in den Umfragen nur auf Platz drei – hinter der FPÖ und der SPÖ. Einige Umfragen wiesen sogar weniger als 20 Prozent an Unterstützung auf.

Die ÖVP war in einer schweren Krise – zum Teil selbst verschuldet durch die Blockadepolitik innerhalb der Bundesregierung, auch gegenüber dem eigenen moderaten Flügel. Nach wiederholten innerparteilichen Konflikten trat ÖVP-Parteichef und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner am 10. Mai 2017 überraschend von seinen Ämtern zurück. Wenige Tage später wurde Sebastian Kurz – er galt bereits seit langem als Kronprinz der Konservativen – zum neuen Parteichef designiert. Daraufhin stiegen die Umfragewerte der ÖVP um rund 10 Prozentpunkte an, vor allem auf Kosten der FPÖ. Im Vergleich zum „Schulz-Effekt“ dauerte der „Kurz-Effekt“ bis zum Wahltag fort. Die ÖVP erhielt schlussendlich 31,5 Prozent der Stimmen (+7,5 Prozentpunkte). Damit erzielte die ÖVP erst zum zweiten Mal seit 1966 – also seit mehr als einem halben Jahrhundert (!) – die meisten Stimmen bei einer Nationalratswahl.

Die ÖVP gewann die Wahl, weil Kurz in Bezug auf Immigration und Integration mit restriktiven Positionen assoziiert wurde. Kurz nahm für sich in Anspruch, durch die Schließung der Balkan-Route maßgeblich zur Reduktion von Immigration nach Europa beigetragen zu haben.

Als zentrales politisches Ereignis wird hierfür die Westbalkan-Konferenz am 24. Februar 2016 in Wien betrachtet (siehe Abschnitt 2). Weitere politische Ziele der ÖVP waren das „Burkaverbot“, ein Verhüllungsverbot, das seit 1. Oktober 2017 in Kraft ist und dessen Implementierung das Interesse der internationalen Medienlandschaft fand (z.B. Spiegel.de, 09.10.2017). ÖVP-Forderungen im Wahlkampf waren das „Schließen der Mittelmeer-Route“, die Kürzung der Mindestsicherung für anerkannte Asylwerber sowie die Beschränkung des Zugangs zu österreichischen Sozialleistungen für EU-Bürger bis zum fünften Jahr ihres Aufenthalts (siehe Abschnitt 4). Bemerkenswert sind nicht allein diese inhaltlichen Forderungen, sondern die Zentralität, die sie im Wahlkampf der ÖVP hatten. Kurz schaffte es hier, die Führerschaft der FPÖ bei diesen Themen zu unterminieren (Plescia et al. 2017).³

Viele Beobachter betrachten die innerparteilichen Reformen der ÖVP als zentralen Faktor für ihren Wahlerfolg. Dazu gehören Reformen in Richtung Personalisierung sowie die Darstellung der „neuen“ ÖVP als „Bewegung“, nicht mehr als Partei. In der Tat setzte Kurz Veränderungen innerhalb der ÖVP durch. Ein Grund hierfür war auch die defizitäre organisatorische Struktur der Partei, die bereits

³ Erwähnenswert ist, dass Kurz in der Anfangsphase seiner politischen Karriere als Staatssekretär für Integration auch mit liberalen Standpunkten verbunden wurde. Als Staatssekretär verband er gelungene Integration zwar hauptsächlich mit einem wirtschaftsliberalen „Leistungsbegriff“, setzte sich aber dennoch, zumindest symbolisch, von manchen ÖVP-Regierungsmitgliedern ab. Im November 2014 kritisierte Kurz, dass „wir [Anmerkung: in Österreich] zu wenig Willkommenskultur haben“ (derstandard.at, 12.11.2014).

seit den 1970er Jahren ihrer langfristigen Entwicklung abträglich war (Müller/Steininger 1994). Zu den Reformen gehörten nicht nur der neue Listenname „Liste Sebastian Kurz – Die neue Volkspartei“ und die Parteifarbe pink statt schwarz. Darüber hinaus erhielt der neue Parteiohmann die alleinige Macht über die Erstellung der Bundesliste und ein Vetorecht bei der Erstellung der Landeslisten, sowie die Möglichkeit der Bestellung von Regierungsgliedern und des ÖVP-Generalsekretärs ohne Zustimmung des Parteivorstands.

Selbst wenn ein Vergleich mit Emmanuel Macrons „En Marche!“ verlockend erscheinen mag, sollte der Einfluss dieser innerparteilichen „Reformen“ für den ÖVP-Wahlerfolg nicht überschätzt werden. Im allgemeinen Sprachgebrauch war weiterhin von der „ÖVP“ die Rede, und bestimmte von Kurz auserwählte Kandidaten und Kandidatinnen wurden nach mangelhaften öffentlichen Auftritten nicht mehr in das Rampenlicht gerückt. Wie stark die Position des Parteivorsitzenden tatsächlich geworden ist, wird sich erst in den kommenden Monaten und Jahren zeigen. Dann wird Kurz bei innerparteilichen Konflikten beweisen müssen, ob er tatsächlich größeren Handlungsspielraum als seine Vorgänger hat.

Mit Blick auf Deutschland ist eine wichtige Beobachtung der Unterschied zwischen der Strategie der ÖVP, rechte Positionen zu übernehmen, wohingegen der CDU oftmals eine zunehmende Positionierung in der ideologischen Mitte attestiert wird. Während die CDU erreicht hat, dass es keine tragfähigen Mehrheiten ohne sie gibt (Jung 2015), hat die ÖVP, traditionell schwächer als die deutschen Christdemokraten, eine relative Mehrheit an Stimmen erreicht. Aus Perspektive der Ämtermaximierung können beide Strategien als Erfolg angesehen werden, angepasst an den jeweils spezifischen Parteienwettbewerb beider Länder. Das Ergebnis der CSU zeigt, dass ein Fokus auf Anti-Immigrations-Standpunkte auch scheitern kann – die Partei verlor deutlich an die AfD. Jenseits von Rhetorik stellt sich jedoch die Frage, inwiefern sich künftige Strategien von ÖVP und CDU/CSU in Bezug auf Einwanderung substantiell unterscheiden werden (siehe Abschnitt 4.2).

3.2 WIRD DIE FPÖ ERNEUT TEIL EINER REGIERUNGSKOALITION?

Die FPÖ hatte über einen langen Zeitraum hinweg gute Aussichten, aus einer Nationalratswahl zum ersten Mal als stimmenstärkste Partei hervorzugehen. Von Mai 2015 bis Mai 2017 war die FPÖ in Umfragen durchgehend auf dem ersten Platz – oftmals mit deutlich mehr als 30 Prozent. Am Wahltag erhielt die Partei schlussendlich 26 Prozent der Stimmen, um 5,5 Prozentpunkte mehr als 2013. Trotz dieser signifikanten Zugewinne ist das FPÖ-Ergebnis niedriger als im Jahr 1999, als die Partei 26,9 Prozent der Stim-

men erzielte. Im Jahr 2008 kamen FPÖ und ihre Abspaltung, das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), zusammen gar auf 28,2 Prozent.

Manche Beobachter haben den hohen Wählerzuspruch rechtsradikaler Parteien in Westeuropa oft auf jüngste Entwicklungen, vor allem auf die „Flüchtlingskrise“, reduziert (siehe Abschnitt 2). Jedoch ist die Geschichte der FPÖ als stimmenstarke Partei um einiges länger. Im Unterschied zur Bundesrepublik Deutschland war Österreich nach 1945, ähnlich wie Italien, ein postfaschistisches Land, in der sich rechtsradikale Akteure nachhaltig im politischen System verankern konnten (Art 2006). Bereits 1956 ging die FPÖ aus dem Verband der Unabhängigen hervor und war seitdem durchgehend im Nationalrat vertreten. Von 1970 bis 1971 unterstützte sie eine Minderheitsregierung der SPÖ, von 1983 bis 1986 war sie der kleine Koalitionspartner der SPÖ. Damals war die FPÖ-Parteispitze von Wirtschaftsliberalismus und Deutschnationalismus geprägt (Luther 2006). Als Jörg Haider im Jahr 1986 zum FPÖ-Vorsitzenden gewählt wurde, beendete die SPÖ die Koalition. Seit Ende der 1980er Jahre entwickelte sich die FPÖ zu einer „Pionierin“ des neuen Rechtsradikalismus in Europa. Bei der Nationalratswahl 1999 konnte sie zum ersten Mal den zweiten Platz erreichen – die erste von ÖVP-Obmann Wolfgang Schüssel geführte „schwarz-blaue“ Regierung hatte den Protest der EU-14 zur Folge.

Die letzten Regierungserfahrungen der FPÖ waren für sie negativ geprägt – die Partei implodierte.

Als Teil der Bundesregierung hatte die FPÖ innerparteiliche Konflikte, Niederlagen bei Landtagswahlen, und die fehlende Umsetzung eigener politischer Vorhaben zu beklagen. Im Jahr 2002 verlor sie mehr als die Hälfte ihres Stimmenanteils. Nichtsdestotrotz koalierte sie erneut mit der ÖVP, blieb also – stark geschwächt – in Regierungsverantwortung. Im Jahr 2005 spaltete sich die Partei. Haider verließ, mitsamt dem FPÖ-Regierungsteam, die Partei und gründete das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) (Luther 2011).

Obwohl die FPÖ damit am Tiefpunkt angelangt war, zeigten Wahlergebnisse auf verschiedenen Ebenen bald, dass sie, mittlerweile unter der Führung von Heinz-Christian Strache, größere Chancen auf ein Fortbestehen als das BZÖ haben würde. Im Jahr 2008 erzielten dann sogar beide Parteien große Zugewinne – die FPÖ erreichte 17,5 Prozent, Haiders BZÖ zur Überraschung aller Beobachter rund 10,7 Prozent der Stimmen. Wenige Wochen später verunglückte Jörg Haider – das BZÖ verkraftete seinen Todesfall nicht. Die FPÖ entwickelte sich erneut zum einzig wesentlichen rechtsradikalen Akteur im österreichischen politischen System.⁴

⁴ Auch die PEGIDA-Mobilisierung in Österreich, ohnehin zum Teil von Personen im FPÖ-Umfeld organisiert, war nur schwach ausgeprägt. In der ersten Jahreshälfte 2015 fanden sechs PEGIDA-Protestveranstaltungen mit wenigen hundert Teilnehmern statt. Nachdem zwei weitere geplante PEGIDA-Veranstaltungen polizeilich untersagt wurden, endete die PEGIDA-Mobilisierung in Österreich (Berntzen und Weisskircher 2016).

Im Jahr 2016 erreichte die FPÖ beinahe den größten Erfolg ihrer Geschichte. Ihr Kandidat Norbert Hofer verlor die Bundespräsidentenwahl nur knapp, mit 46,2 Prozent der Stimmen. Hofer, dritter Nationalratspräsident, war bis zu Beginn des Wahlkampfes ein in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannter Politiker. Seine Popularität war deshalb umso bemerkenswerter – in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl führte er die Meinungsforschung ad absurdum und erreichte mit 35 Prozent die meisten Stimmen. Der spätere Bundespräsident Van der Bellen folgte ihm damals mit nur 21,3 Prozent Stimmenanteil in die Stichwahl.

In den letzten Jahren mehrten sich die Regierungsteilnahmen der FPÖ auf regionaler und lokaler Ebene – im ostösterreichischen Burgenland gar in einer Koalition mit der SPÖ. Zwar hatte die FPÖ durch den „Kurz-Effekt“ keine Chance auf den ersten Platz bei der Nationalratswahl, jedoch sind viele ihrer Inhalte mittlerweile politischer Mainstream geworden. Nach der Nationalratswahl 2017 strebt die FPÖ eine Regierungsbeteiligung an. Ihr dritter Platz gibt ihr wohl bessere Verhandlungspositionen, als sie im Falle eines zweiten Platzes gehabt hätte – nun könnte die FPÖ sowohl mit der ÖVP als auch mit der SPÖ verhandeln. Auf Platz zwei wäre die Verhandlungsoption SPÖ entfallen, da diese dann keine Gespräche gesucht hätte.

Manche Stimmen vermuten, dass die ÖVP im Falle einer Koalition mit der FPÖ Hofer das Amt des Nationalratspräsidenten anbieten könnte. Der Nationalratspräsident ist das formell zweithöchste Amt des Staates und wird traditionell von der stimmenstärksten Partei besetzt. Für Hofer wäre das Amt wohl eine ideale „Übergangssposition“ bis zur nächsten Bundespräsidentenwahl – er strebt eine erneute Kandidatur für das höchste Amt im Staat an. Anderen Berichten zufolge ist für Hofer die Position des Außenministers angedacht – nur ist fraglich, ob Präsident Van der Bellen einen FPÖ-Außenminister ernennen würde (siehe Abschnitt 4.1).

Während die Geschichten von FPÖ und AfD höchst unterschiedlich sind, handelt es sich bei beiden Parteien mittlerweile um typische Vertreter der rechtsradikalen Parteienfamilie in Westeuropa.⁵ Ein wesentlicher Unterschied in der Wählerbasis von FPÖ und AfD ist, dass letztere bei vielen Wahlgängen überdurchschnittlich von älteren Wählerinnen und Wählern gewählt wurde. Das ist bei der FPÖ nicht der Fall, sie ist besonders bei jungen Menschen erfolgreich. Im Gegensatz zur FPÖ verfügt die AfD auch noch nicht über ähnlich stark konsolidierte Hierarchien, wie an den regelmäßigen innerparteilichen Konflikten zu erkennen ist. Das Vermeiden solcher Konflikte wird auch eine zentrale Herausforderung der FPÖ sein, sollte sie in den kommenden Wochen zum vierten Mal Teil einer österreichischen Regierungskoalition werden.

3.3 WAS ERKLÄRT DIE NIEDERLAGE DER POLITISCHEN LINKEN?

Für Parteien links der Mitte bedeutete die Nationalratswahl einen tiefen Einschnitt. In 40 der letzten 47 Jahre war die SPÖ Teil der österreichischen Bundesregierung – und dabei immer mit dem Kanzleramt ausgestattet. Die Grünen haben noch im Vorjahr die Wahl ihres ehemaligen Bundessprechers zum österreichischen Bundespräsidenten bejubelt. Weniger als zwölf Monate später scheiterte die Partei daran, erneut in den Nationalrat einzuziehen.

Die Krise der politischen Linken in Westeuropa ist mit einer Vielzahl von langfristig wirksamen Faktoren verbunden. Dazu zählen die veränderte Klassenstruktur westeuropäischer Gesellschaften (Evans/Tilley 2016) sowie die Schwierigkeit, die liberale EU-Wirtschaft zu regulieren (Scharpf 2009). In Bezug auf die Migrationspolitik besteht die Herausforderung, die Menschenrechte der Betroffenen zu sichern und gleichzeitig demokratische Mehrheiten für diese Politik zu finden (Streeck 2017). Jedoch wären die Niederlagen von SPÖ und Grünen trotz dieser und anderer langfristigen Entwicklungen womöglich zu vermeiden gewesen – kurzfristige Fehlentscheidungen und Ereignisse reduzierten die Wahlchancen beider Parteien deutlich.

Im Mai 2016 trat der sozialdemokratische Bundeskanzler Werner Faymann zurück, nachdem der Kandidat seiner Partei bei der ersten Runde der Bundespräsidentenwahl ein Debakel erlitt. Christian Kern, bis dahin Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Bundesbahnen, übernahm die Kanzlerschaft. Kern genoss eine relative Popularität, die er jedoch nicht in einen Wahlerfolg ummünzen konnte. Ein schwerer strategischer Fehler von Kern und der SPÖ war es, keine vorzeitigen Neuwahlen zu riskieren, als die ÖVP effektives Regieren durch Blockadepolitik erschwerte. Mit dieser Strategie beschädigten Teile der Konservativen auch ihren eigenen Parteichef Reinhold Mitterlehner, der im Mai 2017 das Handtuch warf. Als Kurz daraufhin die Kontrolle innerhalb der ÖVP übernahm, verfügte die SPÖ nicht mehr über genügend Handlungsmacht. Während des Wahlkampfes verursachte die SPÖ regelmäßige mehr und weniger schwerwiegende Skandale, die sie in die Defensive trieb und von ihrer substantiellen Themensetzung ablenkte. Interessanterweise erhielten ähnliche Affären der ÖVP keine langfristige öffentliche Aufmerksamkeit. Obwohl Kern nun wahrscheinlich der am kürzesten dienende Kanzler der Zweiten Republik wird, halten ihn manche Kommentatoren weiterhin für einen talentierten Politiker.

Im Jahr 2016 gewann Alexander Van der Bellen, langjähriger Bundessprecher der Grünen, als formell unabhängiger Kandidat die Präsidentschaftswahl. Trotz Van der

5 Wie andere rechtsradikale Parteien werden FPÖ und AfD auch oft als „populistische“ Parteien bezeichnet. Der Populismus-Forscher Cas Mudde kombiniert die Begriffe „Rechtsradikalismus“ und „Populismus“ und spricht von der „populistischen radikalen Rechten“ – die im Unterschied zur extremen Rechten noch mit (illiberaler) Demokratie kompatibel sei (Mudde 2007).

Bellens „Unabhängigkeit“ finanzierten die Grünen seinen Wahlkampf wesentlich mit, viele Aktivisten der Partei unterstützen ihn. Dies war ein wichtiger, wenn auch nicht ausreichender, Beitrag zu Van der Bellens Erfolg.

Während des überlangen Wahlkampfs, geprägt von Wahlwiederholung und Wahlverschiebung, hielten sich die Grünen mit eigenen Initiativen zurück – zu groß war das Risiko, der Mehrheitsfähigkeit Van der Bellens zu schaden. Nach der Wahl, in der ersten Hälfte des Jahres 2017, kamen innerparteiliche Konflikte zum Vorschein, unter anderem wegen grüner Regierungspolitik auf Landesebene und des Umgangs der Parteispitze mit der Parteijugend.

Der schwerste Schlag für die Partei war jedoch die Entscheidung ihres früheren Spitzenpolitikers Peter Pilz, bei der Nationalratswahl mit einer eigenen Liste anzutreten. Zwischen Pilz, der sich als Aufdecker von Korruptionsskandalen einen Namen machte, und der Parteiführung gab es seit Jahren politische Spannungen. Pilz war wiederholt für die Agenda eines – laut eigener Wortwahl – „linken Populismus“ eingetreten. Nachdem Pilz beim Bundeskongress der Grünen nicht auf den von ihm gewünschten Listenplatz gewählt wurde, verließ er die Partei und gründete seine eigene Liste. In Österreich gibt es auf nationaler Ebene keine etablierte linksradikale Partei (Weisskircher 2017) – ein Umstand, von dem Pilz mit Sicherheit profitierte. Abgesehen von seiner Reputation im Kampf gegen Korruption betonte Pilz linke wirtschafts- und sozialpolitische Forderungen. Er übte jedoch ebenso prononcierte Kritik an liberaler bzw. grüner Immigrations- und Integrationspolitik. Andere Politikerinnen und Politiker auf seiner Liste – beispielsweise weitere ehemalige Mitglieder der Grünen oder der SPÖ – passen eher in ein solches Schema. Die Liste Peter Pilz erstellte, erst im Juli 2017 gegründet, kein Wahlprogramm, betonte aber in einer Informationsbroschüre unter anderem die folgenden Inhalte:

„Unsere Heimat Österreich ist unsere offene Gesellschaft: unsere Gleichberechtigung von Frauen und Männern; unsere Trennung von Kirchen und Staat; unsere unabhängige Justiz; unsere Medienfreiheit; und unsere Demokratie. Wir verteidigen sie gegen die extreme Rechte und den politischen Islam“ (Liste Peter Pilz 2017).

Während manche Grüne sowie linke Aktivisten gegenüber Peter Pilz den Vorwurf erhoben, in Fragen der Immigration und Integration nach rechts gerückt zu sein, bestanden er und seine Liste darauf, durch die Appropriation von Begriffen wie „Heimat“ sowie die Kritik tatsächlicher Missstände, der politische Rechten ein inhaltliches Monopol zu entziehen.

Die Differenz zwischen Grünen und Pilz in Fragen der Immigration und Integration erinnert an interne Konflikte innerhalb der Linken und der Grünen in Deutschland.

Innerhalb der deutschen Partei Die Linke hat der saarländische Parteivorsitzende Oskar Lafontaines zwei Tage nach der Bundestagswahl mit einem Facebook-Posting eine innerparteiliche Debatte zum Umgang mit Einwanderung ausgelöst. Diese hält seitdem an. Bei den Grünen stehen der Ministerpräsident Baden-Württembergs, Winfried Kretschmann, und der Tübinger Bürgermeister Boris Palmer für einen restriktiven Kurs in Fragen der Migration. Die Entwicklungen in Österreich sind also kein Einzelfall, sondern stehen für eine Debatte, die auch andernorts von politischen Kräften links der Mitte geführt wird.

4. AUSBLICK: WAS SIND WAHRSCHEINLICHE ZUKÜNFTIGE ENTWICKLUNGEN?

Am 20. Oktober beauftragte der österreichische Bundespräsident Van der Bellen ÖVP-Chef Sebastian Kurz mit der Regierungsbildung. Kurz ist der einzige Parteichef, der in zwei verschiedenen Zwei-Parteien-Koalitionen den Bundeskanzler stellen könnte. Zentrale politische Inhalte einer künftigen Regierung betreffen Themenbereiche wie die Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie Immigration und Integration, aber möglicherweise auch den Ausbau der direkten Demokratie in Österreich.

4.1 WER BILDET DIE NEUE REGIERUNG?

Es gibt drei mögliche Zwei-Parteien-Koalitionen mit über 50 Prozent der Sitze: Alleine die ÖVP hat mit der SPÖ und der FPÖ zwei potentielle Koalitionspartner, die ihr das Kanzleramt sichern würden. Am 24. Oktober kündigte Kurz an, mit der FPÖ in Koalitionsverhandlungen zu treten. Kurz könnte auch auf eine erneute Große Koalition mit der SPÖ setzen, diesmal jedoch unter umgekehrten Vorzeichen: mit ihm als konservativen Kanzler. Die einzig mögliche Zwei-Parteien-Regierung ohne Inklusion der ÖVP wäre eine „rot-blaue“ Koalition, zwischen der SPÖ und der FPÖ. Aller Wahrscheinlichkeit nach würde ein solches politisches Experiment innerhalb der SPÖ zu tiefgreifenden Konflikten führen.

Im österreichischen politischen System ernennt der Bundespräsident die Regierung – im Gegensatz zu Deutschland gibt es keine parlamentarische Wahl des Bundeskanzlers. Die österreichische Bundesregierung bleibt im Amt, solange sie nicht vom Parlament durch einen Misstrauensantrag abgesetzt wird, sie nicht zurücktritt oder sie der Bundespräsident entlässt. Präsident Van der Bellen hegt keine persönlichen Sympathien für eine Regierungsbeteiligung der FPÖ. Während seines Präsidentschaftswahlkampfes hat er sich mehrmals und in unterschiedlichem Ausmaß kritisch über eine Ernennung einer von der FPÖ geführten Regierung geäußert – doch er wurde umso zurückhaltender, je stärker sich der knappe Präsidentschaftswahlkampf dem Ende zuneigte.

Im Moment gibt es keinerlei Andeutungen, dass Präsident Van der Bellen Versuche unternehmen würde, eine Regierungsbeteiligung der FPÖ grundsätzlich zu verhindern.

Im Vorfeld der Wahl hatte sich Van der Bellen nicht mehr in diese Richtung geäußert und bloß die Wichtigkeit einer „pro-europäischen“ Position betont. Laut Medienberichten fühlte er bereits politisch vor, welche Politikerinnen und Politiker der FPÖ gegebenenfalls ein Ministeramt ausüben könnten. Anderen Berichten zufolge würde er sich gegenüber der Ernennung eines FPÖ-Außenministers verweigern, aus Sorge um die Reputation Österreichs. Dies scheint sein Maximum an realistischer Interventionsmöglichkeit zu sein.

Die Ablehnung zweier FPÖ-Politiker als Minister war auch die wesentliche Tat von Bundespräsident Thomas Klestil, der 1999/2000 eine Koalition zwischen ÖVP und FPÖ zunächst verhindern wollte, schließlich aber akzeptieren musste. Er setzte allerdings die Aufnahme einer „EU-freundlichen“ Präambel des Koalitionsvertrags durch und vollzog die Ernennung der Regierung mit eisiger Miene. Der Versuch Klestils zeigte, dass, obwohl die österreichische Verfassung als „semi-präsidentiell“ einzustufen ist, in der politischen Praxis die Parlamentsmehrheit die Regierungsbildung bestimmt (Müller 2006).

4.2 WAS SIND MÖGLICHE POLITISCHE VORHABEN?

Auch wenn für die künftige politische Agenda die endgültige Regierungskonstellation entscheidend ist, sind bestimmte zentrale politische Entwicklungen zumindest in ihren Grundzügen abzusehen.

Die Ausweitung direktdemokratischer Instrumente könnte einen wichtigen Eckpunkt der nächsten Legislaturperiode darstellen. Bis jetzt ist die direkte Demokratie auf österreichischer Bundesebene nur schwach ausgeprägt. Das einzige „bottom-up“-Instrument ist das so genannte Volksbegehren, eine nichtverbindliche Petition an den Nationalrat. Spitzenpolitiker der FPÖ haben im Wahlkampf die Ausweitung der direkten Demokratie zur Koalitionsbedingung erklärt. Auch andere Parteien haben ihre Zustimmung signalisiert, zivilgesellschaftliche Initiativen haben sich ebenso dafür eingesetzt. Die SPÖ blieb in dieser Debatte reserviert, doch auch sie hat eine Volksabstimmung über eine mögliche Föderalismusreform angekündigt. Trotz der Implikationen eines Ausbaus direktdemokratischer Instrumente wurden eventuelle Reformen bis dato nicht detailliert in der Öffentlichkeit diskutiert. Der Ausbau der direkten Demokratie bietet Chancen für eine Vielzahl von Akteuren – von politischen Parteien bis hin zu sozialen Bewegungen. Ähnlich wie in der Schweiz könnten manche von ihnen auch Abstimmungen zu immigrations- und integrationspolitischen Fragen initiieren – wodurch der Konflikt zwischen Mehrheitswillen und Minderheitenschutz auch in Österreich nicht nur auf repräsentativer, sondern auch auf direktdemokratischer Ebene ausgetragen werden könnte.

Im Bereich der Immigrationspolitik verlangt Außenminister Kurz die „Schließung der Mittelmeer-Route“ – ein

Ziel, das sowohl die FPÖ als auch die SPÖ unterstützen, wenn auch mit divergierenden Begründungen. Diese Begrifflichkeit ist zwar rhetorisch radikaler als die Ankündigungen anderer westeuropäischer Regierungen, jedoch sollte der substantielle Unterschied der österreichischen Immigrationspolitik mit der Politik anderer, auch westeuropäischer, EU-Staaten nicht überschätzt werden. In Bezug auf die in Österreich lebenden Einwanderinnen und Einwanderer befürworten sowohl ÖVP als auch FPÖ Positionen, die in der Politikwissenschaft (wenn auch nicht immer treffend, siehe Decker 2013: S. 202f) als „Wohlfahrtschauvinismus“ (Ennser-Jedenastik 2017) bezeichnet werden. Sowohl die ÖVP als auch die FPÖ unterstützen eine Reduktion der Mindestsicherung für anerkannte Asylwerber. Die ÖVP verlangt beispielsweise auch die Beschränkung von Sozialleistungen für Zuwanderinnen und Zuwanderer aus anderen EU-Mitgliedsländern – sie sollen erst nach einem Aufenthalt von fünf Jahren ausbezahlt werden.

Das liberale Wirtschaftsprogramm der FPÖ (FPÖ 2017) wurde von vielen Beobachtern als Schritt in Richtung Koalition mit der ÖVP interpretiert. Wie die FPÖ tritt auch die ÖVP für eine massive Senkung der Staatsausgaben ein und fordert Steuererleichterungen, auch für Unternehmen. Ironischerweise bezieht sich eine Initiative des österreichischen Außenministeriums, unter der Führung von Kurz, auf wirtschaftspolitische Maßnahmen der rotgrünen Bundesregierungen in Deutschland, beispielsweise in Bezug auf Arbeitsmarktliberalisierung und Steuerreduktionen. Die österreichische Wirtschaftspolitik wird nach rechts rücken, vor allem wenn die SPÖ nicht mehr Teil der nächsten Regierung sein sollte. Die SPÖ zeigte sich in ihrem Wahlprogramm offen für bestimmte liberale Reformen, beispielsweise die Flexibilisierung der Arbeitszeit, betonte aber ebenso ihren Wunsch nach der Einführung einer Erbschaftssteuer und der höheren Besteuerung multinationaler Unternehmen.

In den nächsten Jahren ist ein eingehender Blick auf Österreich von allgemeinem Interesse für Beobachter westeuropäischer Politik. Das Land wird Hinweise darauf geben, wie der „Rechts-Ruck“ einer konservativen Partei ein politisches System transformieren kann, welche langfristigen Implikationen dies für eine etablierte rechtsradikale Partei haben wird und welche Antworten politische Akteure links der Mitte auf diese Entwicklungen finden können.

LITERATURVERZEICHNIS

Alexander, Robin 2017: Die Getriebenen. Merkel und die Flüchtlingspolitik. Report aus dem Innern der Macht, Siedler, München.

Art, David 2006: The Politics of the Nazi Past in Germany and Austria, Cambridge University Press, New York.

Art, David 2011: Inside the Radical Right. The Development of Anti-immigrant Parties in Western Europe, Cambridge University Press, New York.

Berntzen, Lars Erik und Weisskircher, Manès 2016: Anti-Islamic PEGIDA beyond Germany: Explaining Differences in Mobilisation, *Journal of Intercultural Studies* 37, S. 556-573.

Decker, Frank 2013: Der neue Rechtspopulismus, Springer, Wiesbaden.

Dennison, James, Geddes, Andrew und Talò, Teresa 2017: The Dutch aren't turning against immigration – the salience of the immigration issue is what drives Wilders' support, 3. März 2017. Verfügbar unter: <http://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2017/03/03/the-dutch-arent-turning-against-immigration>. (letzter Zugriff: 17.10.2017)

derstandard.at, 12.11.2014, Kurz: „Haben zu wenig Willkommenskultur“. Verfügbar unter: <http://derstandard.at/2000008023193/stolzdrauf-Kurz-naeher-beim-Bundespraesidenten-als-bei-Gabaliere>. (letzter Zugriff: 17.10.2017)

Ennser-Jedenastik, Laurenz 2017: Welfare Chauvinism in Populist Radical Right Platforms: The Role of Redistributive Justice Principles, *Social Policy & Administration*, online first. Verfügbar unter: <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/spol.12325/abstract>. (letzter Zugriff: 17.10.2017)

Eurobarometer 2017a: Please tell me whether each of the following statements evokes a positive or negative feeling for you. Immigration of people from outside the EU <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Chart/getChart/themeKy/59/groupKy/279>. (letzter Zugriff: 17.10.2017)

Eurobarometer 2017b: What do you think are the two most important issues facing (OUR COUNTRY) at the moment? <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Chart/getChart/chartType/lineChart//themeKy/42/groupKy/208/savFile/54>, 2017b. (letzter Zugriff: 17.10.2017)

Eurostat 2017a: Foreign-born population by country of birth, 1 January 2015. [http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=File:Foreign-born_population_by_country_of_birth,_1_January_2015_\(%C2%B9\)_YB16.png&oldid=290392](http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=File:Foreign-born_population_by_country_of_birth,_1_January_2015_(%C2%B9)_YB16.png&oldid=290392). (letzter Zugriff: 17.10.2017)

Eurostat 2017b: Asylum and first time asylum applicants by citizenship, age and sex. http://ec.europa.eu/eurostat/en/web/products-datasets/-/MIGR_ASYAPPCTZA. (letzter Zugriff: 17.10.2017)

Evans, Geoffrey und Tilley, James 2016: The New Politics of Class: The Political Exclusion of the British Working Class, Oxford University Press, Oxford.

FPÖ 2017: Das freiheitliche Wirtschaftsprogramm. Fairness. Freiheit. Fortschritt. Verfügbar unter: https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/2017_freiheitliche_wirtschaftsprogramm_web.pdf. (letzter Zugriff: 17.10.2017)

Goodwin, Matthew; Raines, Thomas und Cutts, David 2017: What Do Europeans Think About Muslim Immigration?, 7. Februar 2017. Verfügbar unter: <https://www.chathamhouse.org/expert/comment/what-do-europeans-think-about-muslim-immigration>. (letzter Zugriff: 17.10.2017)

Jung, Matthias 2015: Die AfD als Chance für die Union, *Politische Studien* 66, S. 58-64.

Liste Peter Pilz 2017: [Titellose Informationsbroschüre]. Verfügbar unter: <https://listepilz.at/wp-content/uploads/2017/09/Ja-es-geht.pdf>. (letzter Zugriff: 17.10.2017)

Luther, Kurt 2006: Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ); in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert; Kramer, Helmut; Lauber, Volkmar; Müller, Wolfgang C. und Tálos, Emmerich (Hg.): Politik in Österreich: Das Handbuch; Manz, Wien, S. 364-388.

Luther, Kurt 2011: Of Goals and Own Goals: A Case Study of Right-wing Populist Party Strategy for and during Incumbency, *Party Politics* 17, S. 453-470.

Mudde, Cas 2007: Populist Radical Right Parties in Europe, Cambridge University Press, Cambridge.

Müller, Wolfgang C. 2006: Der Bundespräsident; in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert; Kramer, Helmut; Lauber, Volkmar; Müller, Wolfgang C. und Tálos, Emmerich (Hg.): Politik in Österreich: Das Handbuch; Manz, Wien, S. 188-200.

Müller, Wolfgang C. und Steininger, Barbara 1994: Party Organisation and Party Competitiveness: The Case of the Austrian People's Party, 1945–1992, *European Journal of Political Research* 26, S. 1-29.

Nowak, Rainer; Prior, Thomas und Ultsch, Christian 2017: Flucht: Wie der Staat die Kontrolle verlor, Molden Verlag, Wien.

Plescia, Carolina, Kritzinger, Sylvia und Oberluggauer, Patricia 2007: Conflict Mobilization in a Reconstructing Political Landscape, CISE - Centro Italiano Studi Elettorali, 9. Oktober 2007. Verfügbar unter: <http://cise.luiss.it/cise/2017/10/09/austria-2017-conflict-mobilization-in-a-reconstructing-political-landscape>. (letzter Zugriff: 17.10.2017)

Scharpf, Fritz 2009: The Double Asymmetry of European Integration – Or: Why the EU Cannot Be a Social Market, MPIfG Working Paper 09/12. Verfügbar unter: <http://www.mpiifg.de/pu/workpap/wp09-12.pdf>. (letzter Zugriff: 17.10.2017)

SORA Institute for Social Research and Consulting und ISA Institut für Strategieanalysen 2017a: Wahltagsbefragung und Wählerstromanalyse Nationalratswahl 2017, 15. Oktober 2017. Verfügbar unter: http://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2017_NRW_Grafiken-Wahltagsbefragung.pdf. (letzter Zugriff: 17.10.2017)

SORA Institute for Social Research and Consulting und ISA Institut für Strategieanalysen 2017b: Wahlanalyse Nationalratswahl 2017, 15. Oktober 2017. Verfügbar unter: http://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2017_NRW_Wahlanalyse.pdf. (letzter Zugriff: 17.10.2017)

Spiegel.de, 06.09.2017: Stemming the Flow. Why Europe's Migrant Strategy Is an Illusion. Verfügbar unter: http://www.spiegel.de/international/europe/europe-seeks-to-shut-down-the-mediterranean-migration-route-a-1166228.html?utm_source=dlvr.it&utm_medium=facebook#ref=rss. (letzter Zugriff: 17.10.2017)

Streeck, Wolfgang 2017: Between Charity and Justice: Remarks on the Social Construction of Immigration Policy in Rich Democracies. DaWS Working Paper 2017-5, Odense: Danish Center for Welfare Studies. Verfügbar unter: https://wolfgangstreeck.files.wordpress.com/2017/10/streeck2017_daws_between-charity-and-justice.pdf. (letzter Zugriff: 17.10.2017)

Weisskircher, Manès 2017: The Electoral Success of the Radical Left: Explaining the Least Likely Case of the Communist Party in Graz, Government and Opposition, online first. Verfügbar unter: <https://www.cambridge.org/core/journals/government-and-opposition/article/electoral-success-of-the-radical-left-explaining-the-least-likely-case-of-the-communist-party-in-graz/E274CACEC136DBC4C68CDEF747E82437>. (letzter Zugriff: 17.10.2017)

Weisskircher, Manès und Bergman, Matthew 2017a: Austrians vote on Sunday. Will they turn to the right again? Washington Post, 12. Oktober 2017. Verfügbar unter: <https://www.washingtonpost.com/news/monkey-cage/wp/2017/10/12/austrians-vote-on-sunday-will-they-turn-to-the-right-again>. (letzter Zugriff: 17.10.2017)

Weisskircher, Manès und Bergman, Matthew 2017b: Austrians have voted. Four things to know about the result. LSE EUROPP European Politics and Policy Blog, 16. Oktober 2017. Verfügbar unter: <http://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2017/10/16/austrias-election-four-things-to-know-about-the-result>. (letzter Zugriff: 17.10.2017)

AUTOR

MANÈS WEISSKIRCHER

Manès Weisskircher ist Politikwissenschaftler an der TU Dresden (MIDEM – Mercator Forum Migration und Demokratie). Neben wissenschaftlichen Fachpublikationen erschienen seine öffentlichen Beiträge unter anderem in der Washington Post, openDemocracy und dem Europa-Blog der London School of Economics and Political Science. Er unterrichtete an den Universitäten Bonn, Bukarest, Düsseldorf und Wien.

E-Mail: manes.weisskircher@tu-dresden.de

ÜBER MIDEM

In den vergangenen Jahren hat das Thema Migration in den Gesellschaften Europas zu neuen Polarisierungen geführt. Die politischen und sozialen Herausforderungen dieser Entwicklung sind noch nicht absehbar. Notwendig sind Untersuchungen, die den Zusammenhang zwischen Migration und Demokratie erforschen.

Das Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) fragt danach, wie Migration demokratische Politiken, Institutionen und Kulturen prägt und zugleich von ihnen geprägt wird. Untersucht werden Formen, Instrumente und Prozesse politischer Verarbeitung von Migration in demokratischen Gesellschaften – in einzelnen Ländern und im vergleichenden Blick auf Europa.

MIDEM untersucht:

- Krisendiskurse zu Migration und Integration.
- Populismus.
- Institutionelle Verarbeitung von Migration.
- Migration in städtischen und regionalen Kontexten.

MIDEM hat zur Aufgabe:

- die nationale und internationale Vernetzung sowie die interdisziplinäre Kommunikation über Migration zu fördern.
- regelmäßig erscheinende Länderberichte und Querschnittsstudien zu zentralen Fragen an der Schnittstelle zwischen Migration und Demokratie zu erstellen.
- gesamteuropäische Handlungsempfehlungen für den demokratischen Umgang mit Migration zu entwickeln.
- Politik und Zivilgesellschaft zu beraten.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)

TU Dresden

Institut für Politikwissenschaft/

Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung

Philosophische Fakultät

01062 Dresden

Tel.: +49 351 463 35811

midem@mailbox.tu-dresden.de

www.forum-midem.de

Direktor:

Prof. Dr. Hans Vorländer

TU Dresden

© MIDEM 2017

Gestaltung:

Christian Chalupka

*MIDEM ist ein Projekt der Technischen Universität Dresden
in Kooperation mit der Universität Duisburg-Essen,
gefördert durch die Stiftung Mercator.*



**TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
DRESDEN**

**STIFTUNG
MERCATOR**

**UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN**

